

An WAZ-Redaktion  
Per e-mail: [zentralredaktion@waz.de](mailto:zentralredaktion@waz.de)

Betreff: Leserbrief zu: *»Hilfe, die Helfer kommen«* von Sabrina Steiger, WAZ-Titelseite vom 06.09.05

***Sehr geehrte Damen und Herren,***

wir sind entsetzt über den ebenso oberflächlichen wie menschenverachtenden Beitrag von Frau Steiger. Sie meint, dass auf die angebotene Hilfe der cubanischen Regierung *»selbst die Opfer des Hurrikans«* (in New Orleans) *»verzichten können«*.

Hierauf kann man nur mit dem weltbekannten US-Bürgerrechtler Jesse Jackson antworten, der vor einigen Tagen ausführte: *»Die Wurzel der Reaktion auf das Desaster besteht in der Gleichgültigkeit gegenüber dem Leiden der Schwarzen.«*

Diese hier angeprangerte rassistische Haltung prägte von Beginn an auch das (Nicht-) Handeln der US-Regierung. US-Bürgerrechtler weisen immer wieder darauf hin: Die notwendigen Hubschrauber werden statt in New Orleans im verbrecherischen Krieg im Irak eingesetzt. Große Kontingente der US-Nationalgarde sind ebenfalls im Irak statt in New Orleans. Während das US-Katastrophenhilfswerk FEMA seit Jahren mehr Mittel gerade für die Südstaaten fordert, fuhr die Regierung in Washington die Mittel für den Katastrophenschutz herunter und verweigerte New Orleans genau die 5 Milliarden US-Dollar, die die jetzige Katastrophe verhindert oder zumindest deren Auswirkungen deutlich verringert hätten. Aktuelle Schätzungen gehen von 10.000 Toten und 1 Million Obdachlosen aus!

Wie passt da nun ausgerechnet Cuba ins Bild? Das *»International Action Center«* (New York) unter Vorsitz des ehemaligen US-Außenministers Ramsey Clark schreibt dazu ([www.iacenter.org](http://www.iacenter.org)): *» ... Cuba liegt auf dem Weg vieler Hurrikans, und dennoch sterben dort für gewöhnlich nur sehr wenig Menschen, weil die Regierung ein System bereithält, das für geordnete Evakuierung und Notunterkünfte sorgt, und sich um die Alten, Behinderten und Armen kümmert. (...) Im September 2004 wurde Cuba von „Ivan“ getroffen, dem fünftschwersten Hurrican, der je die Karibik traf, mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von rund 200 km/h. Fast 2 Mio. Menschen wurden evakuiert. Unglaubliche 78 % der Evakuierten wurden in Privathäuser eingeladen. (...) Keiner kam ums Leben. Die UNO erklärte dies zum Modell der Katastrophenvorsorge.«* Wir sehen also, dass Cuba nicht zuletzt aufgrund eigener Erfahrungen geradezu prädestiniert ist, spontane und sinnvolle Hilfe zu leisten.

Der Präsident des Verwaltungsbezirks Jefferson (südlich vor New Orleans), Aaron Brussard, sagte dem TV-Sender NBC: *»Ich habe die Pressekonferenzen satt. Um Himmels willen, haltet den Mund und schickt uns jemanden!«* Genau in diesem Sinne hat die cubanische Regierung umgehend und unbürokratisch die Entsendung von 1.600 Ärzten und, von Frau Steiger gar nicht erst erwähnt, 36 Tonnen Hilfsgüter angeboten. Präsident Castro sagte hierzu bei einem Podiumsgespräch im cubanischen TV am 2. September u.a.: *»Wenn wir etwas Bedeutsames anzubieten haben – hauptsächlich aufgrund unserer Erfahrung im Verhalten bei Hurrikans sowie unserer Erfahrung in Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung, in Evakuierung, Unterstützung usw. usf. – ist es gerade unsere Hilfe im Bereich der ärztlichen Versorgung. Nach der Katastrophe des 11. September war Kuba das erste Land, das seine Unterstützung anbot, denn wir hörten die Meldungen, wonach sich die Flugzeuge im Flugraum befänden, da sie nicht landen konnten. Unmittelbar boten wir unsere Flughäfen an und danach auch eben das, was wir anbieten konnten: medizinische Hilfe in Anbetracht der enormen Anzahl möglicher Opfer. Wir liegen näher an New York als Kalifornien. Aus Kuba kann eine Hilfe eher nach New York gelangen als aus Kalifornien. Von Kuba nach New York sind es drei Flugstunden. Von Kalifornien ist es, glaube ich, die doppelte Zeit. Also, unser Angebot war medizinische Hilfe; absolut nichts Lächerliches, denn man benötigt mitunter eine seltene Blutgruppe für eine Transfusion zur Rettung eines Lebens, zur Rettung von einem, zwei, drei oder zehn Leben. Das ist nicht die Frage. Kann auch nur ein Leben gerettet werden, so besteht die Pflicht, es zu tun.«*

Diese klare Logik sollte eigentlich auch einer mitteleuropäischen Journalistin einleuchten. Aber es sind wohl die gleichen antikommunistischen Reflexe, die auch die Mär verbreiten, es gebe hieszulande keine Alternativen zur Abschaffung aller Sozialsysteme, die hiesige Journalisten dazu verleiten, sich auf Kosten der Ärmsten ein paar »Scherze« zu erlauben.

Wir bitten um Veröffentlichung und verbleiben  
mit freundlichem Gruß

*Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen,  
Öffentliche Mitgliederversammlung am 07.09.05  
i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender*